

# Prinzipien und Strategien in der Politik

## Subsidiarität

Vorrang hat die jeweils kleinste politische Einheit, das Individuum und seine Familie oder jede andere gewählte Lebensgemeinschaft.

In strenger Achtung der sogar in allen großen Weltreligionen gleichermaßen verankerten „Goldenen Regel“ könnten und sollten alle Menschen glücklich leben und lieben – und nach Möglichkeit ihren Mitmenschen dabei mitfühlend und solidarisch helfen, wenn diese dies wünschen.

Eben durch Liebe in Aktion.

Nur was nicht auf kleinster menschlicher Ebene geregelt werden kann, ist Regelungsaufgabe der nächstgrößeren Lebensgemeinschaft, z.B. der Gemeinde oder Kommune.

Notwendigkeiten, die die Kraft dieser zweitkleinsten Lebensgemeinschaft übersteigen, sind von der jeweils nächstgrößeren Gemeinschaftsstruktur, traditionell z.B. dem Stamm, heute wohl eher vom jeweiligen Land zu regeln. Ein Problem sind dabei die teilweise künstlich erzeugten politischen Unterteilungen eines Landes; in Deutschland sind dies z.B. die Bundesländer – oder es sind die künstlichen Kolonialgrenzen in Afrika. Hier sollte nach Möglichkeit der möglichst demokratisch ermittelte politische Wille der Einwohner entscheiden.

Für uns in Europa besonders relevant: Ländergemeinschaften wie die Staaten Europas sollten nur solche Aufgaben zur Regulierung an die Organisation der Europäischen Union delegieren, die ihre Landeskraft und die Interessen der kleineren politischen Einheiten und auch die der einzelnen Staaten überschreiten. Hierzu müssten alle EU-Verordnungen darauf überprüft werden, ob sie der Gesamtgemeinschaft tatsächlich einen von den Menschen selbst empfundenen Nutzen bringen.

Stehen z.B. unterschiedliche Rechte einzelner europäischer Staaten im Widerspruch zu funktionsfähigen zentralen Regelungen – wie bei der Fiskal- und Außenpolitik – so wäre hier eine zentrale EU-Regulierung vorzuziehen.

Natürlich müssten dann Interessenskonflikte und Machtansprüche im Sinne des Ganzen, hier also der Europäischen Einheit, gelöst werden. Dem stehen die grundsätzliche Bedeutung und der ordnungspolitische Wert des Subsidiaritätsprinzips nicht entgegen.

Letztlich bleiben in unserer globalisierten Welt zentrale Aufgaben wie die Wahrung des Friedens, global durchsetzbares Recht und die globale Nutzung der natürlichen Ressourcen unserer einen Welt. Dabei sind öffentliche Gemeingüter (engl. „global commons“) zu schützen, ebenso wie die kulturellen Eigenheiten auch der politisch schwächeren Bewohner unseres „globalen Dorfes“.

Die Kernforderung des Subsidiaritätsprinzips, „Vorrang hat die jeweils kleinste politische Einheit“, wird in der Realität noch nicht ernsthaft genug befolgt. Aber auch der Gegenpol der kleinsten Einheit, die globale Ebene, ist noch lange nicht mit genug gestaltendem Leben erfüllt. EINE Welt in Balance muss letztlich auf globaler Ebene durch eine wesentlich engagiertere EINE-Welt-Politik angestrebt werden. Ein Globaler Marshallplan

unter Nutzung aller positiven Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit wäre vergleichsweise leicht zu finanzieren.

Frieden in der Welt, das traditionelle Kernziel der UNO, müsste durch eine erneute politische Gestaltungsrunde – vergleichbar mit der Entwicklung der UNO in Dumbarton Oaks im Jahr 1944, heute jedoch unter Beteiligung aller heute relevanten Staaten oder Staatengemeinschaften – gelingen.

Die Ausbeutung öffentlicher Gemeingüter durch wirtschaftliche Konzerninteressen könnte durch verbessertes und durchsetzbares globales Recht gestoppt werden.

Schutzbedürftige Minderheiten in der Welt müssten im Interesse der international vereinbarten Menschenrechte und im Interesse der Vielfalt unserer Weltkulturen besser respektiert und wertgeschätzt werden. Eine derart reformierte UNO müsste nicht nur mit mehr Durchsetzungsmacht zur Verhinderung von Kriegen ausgestattet werden. Auch die soziale und ökologische Entwicklung der Welt müsste und könnte mehr Gewicht in einer erneuerten UNO erhalten.

Nicht nur den Staaten dieser Welt sollte diese UNO dienen – sondern den Menschen. Zugegeben: Dies ist noch keine konkrete Vision, sondern derzeit noch Utopie.

Unser Weg zu EINER friedlichen, gerechten Welt ist noch lange nicht ausgebaut. Die Vielfalt unserer Welt bedarf noch viel Schutz und liebevoller Pflege. Das Subsidiaritätsprinzip und speziell auch dessen weltumfassende Notwendigkeiten werden dabei immer wertvoller. Für sinn- und liebevolle Entscheidungen in Zweifelsfällen bezüglich der bestmöglichen Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wird es zukünftig noch Klärungsbedarf geben – immer unter strenger Beachtung und Einhaltung des nächsten, nicht weniger wichtigen Leitprinzips.

Auszug aus dem Buch:

„Wir haben die Wahl: EINE Welt in Vielfalt – oder keine!“

Peter Hesse, erschienen im Droste Verlag, Düsseldorf, 2015